

Die Wahl in Groß-Berlin.

Die Stadt Berlin.

Das Wahlergebnis von Berlin liegt mit Ausnahme von drei Bezirken vor; es ergibt folgendes Bild:

Deutschnationale	113 000
Deutsche Volkspartei	140 900
Zentrum	31 000
Demokraten	71 545
Sozialdemokraten	185 700
Unabhängige	459 980
Kommunisten	15 163
Wirtschaftl. Vereinigung	23 900

Folglich sind in Berlin gewählt der Deutschnationale Baurat Daxerenz, die Deutschen Volksparteiler Geheimrat Kahle und Verbanddirektor v. Raumer, der Demokrat Karl Friedrich v. Siemenz, die Mehrheitssozialdemokraten Stadt-Vorsteher Heimann, Schriftleiterin Klara Bohm-Schuch und Geschäftsführer Richard Fischer, endlich 7 Unabhängige: Luise Zieg, Eichhorn, Bedebour, Crispian, Dr. Julius Moses, Adolf Hoffmann, Schlosser Kaltzahn. Der Zentrumsgewählte Dr. Pfeiffer ist hier nicht wiedergewählt.

Potsdam I.

Aus den Wahlkreisen Potsdam I und II liegen an wichtigeren Wahlergebnissen folgende endgültige Zahlen vor.

Potsdam-Stadt: Deutschnationale 8718, Deutsche Volkspartei 8987, Zentrum 819, Demokraten 2446, Sozialdemokraten 4480, Unabhängige 7841, Kommunisten 282.

Spandau: Deutschnationale 7180, Deutsche Volkspartei 7025, Zentrum 2020, Demokraten 3870, Sozialdemokraten 10 040, Unabhängige 16 650, Kommunisten 2100.

Brandenburg: Deutschnationale 1827, Deutsche Volkspartei 4758, Zentrum 584, Demokraten 2657, Sozialdemokraten 18 890, Unabhängige 4502, Kommunisten 227, Verschiedene 1908.

Reinickendorf: Deutschnationale 1349, Deutsche Volkspartei 3429, Zentrum 1161, Demokraten 8918, Sozialdemokraten 1757, Unabhängige 721, Kommunisten 871.

Tegel: Deutschnationale 1144, Deutsche Volkspartei 2778, Zentrum 512, Demokraten 681, Sozialdemokraten 2366, Unabhängige 4426, Kommunisten 202.

Der Wahltag in Groß-Berlin.

Unfreundliche Stimmung liegt über der Stadt. Das Wetter hat Aprilwolken, Regenströme wechseln mit kalten Sonnenbliden. Gerüchte gehen um von noch nie dagewesener „Wahlunbilligkeit“. Das Wahlergebnis spricht aber gegen diese Behauptungen. Zwar wurden die Rekordziffern von 1919, als alles noch frisch und neu war, nicht erreicht. Immerhin betrug der Rückgang der Wahlbeteiligung nur zwischen 5 und 10 v. H.

Das Erreulichste: alle Propheten, die Putzche und Störungen vorausgesagt, sind enttäuscht worden. Die Ruhe war vollkommen. In keinem Lande hätte nach einem so heftigen Wahlkampf in den wichtigsten Zeiten mehr Disziplin gezeigt werden.

Das vorläufige Wahlergebnis zeigt, daß die bürgerlichen Parteien zusammen genommen ungefähr ihre Stimmengruppe behauptet haben, wobei der erwartete „Rück nach rechts“ in stärkster Form eintrat. Auf der anderen Seite konnten die Unabhängigen den gewaltigen Stimmenverlust der Sozialdemokraten von mehr als 200 000 nur zum Teil auf sich vereinzeln. Das Ergebnis der Kommunisten blieb auch hinter den bescheidenen Erwartungen zurück, insgesamt haben die drei sozialdemokratischen Richtungen etwa 50 000 Stimmen in der Stadt Berlin eingebüßt.

Infolge des unfreundlichen Wetters unterschied sich das Straßenbild äußerlich wenig von dem des Alltags. Nur die Verschwendung von Papier und namentlich von Klebezetteln — eine ebenso nutzlose wie häßliche Mode — machte sich stark bemerkbar. Die radikalen Parteien hatten vielfach statt der Druckerwürze den Pinsel gewählt: namentlich in den Vororten waren Häuser und Zäune, das Pflaster und selbst die Uferböschungen, mit den Aufrufen zur Wahl der radikalen Kandidaten oft geradezu überfüllt. Lebhafter wurde das Straßenbild erst um die Mittagsstunde. Die Zettelverteiler vor den Wahllokalen, Männer, Frauen und Kinder, im Dienste der Rechtsparteien beziehungsweise vielfach Schüler und Schülerinnen der höheren Lehranstalten, bekamen nun erst ein wenig mehr zu tun. Wählerpolonaisen wie bei der Wahl zur Nationalversammlung gab es aber auch jetzt nicht. In Berlin wie in den Vororten hatte man die Zahl der Wahllokale so vermehrt, daß durchschnittlich nirgends mehr als 1500 Wähler eingeschrieben waren. Die Stadt Berlin allein war in 1488 Wahlbezirke eingeteilt. Die Mitglieder der Regierung, die „Herren aus der Wilhelmstraße“, wählten diesmal bei Kratky in der Krausenstraße, wo sich, ganz wie unter dem „alten Regime“, auch diesmal ein kleines Heer von Photographen und Kinaoperatoren versammelt hatte. Schon kurz vor 9 Uhr erschien dort der Reichspräsident mit seiner Gattin und dem ältesten Sohn, später auch die Reichsminister Dr. Koch und Köster und der preussische Justizminister Dr. Am Behnhoff, um 11 Uhr fuhr im Auto auch der Reichskanzler Müller mit Frau und Mutter vor.

Neue Erscheinungen im Straßenleben des Wahltags waren nur die zahlreichen Demonstrationsumzüge, in deren Veranstaltung sich namentlich wiederum die äußerste Linke eifrig beteiligt hatte. So erschienen um die Mittagsstunde im Westen ein Wagen der Unabhängigen mit roten Fahnen und riesigen Plakaten, mit Schellenläut und Rabauflöten. In den südlichen Vororten schickten die Unabhängigen wandelnde Litfaßsäulen, über und über mit Wahlplakaten besetzt, durch die Straßen. Viel Heiterkeit erregte ein Zug junger Kommunistinnen, die in roten Pumphosen durch die Straßen des Westens marschierten. Für die Deutschnationalen führten dafür Korps-Studenten im vollen Weich mit schwarz-weiß-roten Fahnen Reklame. Eine Anzahl junger Burche, die im Friedenauer Ortsteil von Schöneberg unfähige antimilitärische Plakate an die Häuser klebten, wurde verprügelt. Vereinzelt Versuche von Mitgliedern der R. A. P. D., der kommunistischen Arbeiterpartei, bekanntlich der einzigen Partei, die Wahlenthaltung proklamiert hatte, nun ihrerseits die Wahlhandlung zu fördern, blieben durchweg ohne Erfolg. Im Norden und Osten, wo entsprechend der stärkeren Wahlbeteiligung auch das Straßenbild lebendiger war, waren vielfach Wahlplakate an Drähten quer über die Straße gespannt. In

Eudenberg: Deutschnationale 1444, Deutsche Volkspartei 45, Zentrum 291, Demokraten 1042, Sozialdemokraten 5989, Unabhängige 8880, Kommunisten 58.

Rathenow: Deutschnationale 1484, Deutsche Volkspartei 1261, Zentrum 148, Demokraten 1481, Sozialdemokraten 5165, Unabhängige 2055, Kommunisten 1248, Verschiedene 913.

Lichtenberg: Deutschnationale 4218, Deutsche Volkspartei 9061, Zentrum 2903, Demokraten 4151, Sozialdemokraten 15632, Unabhängige 39384, Kommunisten 713, Wirtsch. Vereinigung 3305.

Pankow: Deutschnationale 4208, Deutsche Volkspartei 7070, Zentrum 785, Demokraten 2799, Sozialdemokraten 6208, Unabhängige 11 510, Kommunisten 169.

Potsdam II.

Charlottenburg: Deutschnationale 27 599, Deutsche Volkspartei 37 609, Zentrum 6289, Demokraten 23 908, Sozialdemokraten 27 590, Unabhängige 53 310, Kommunisten 1504, Wirtsch. Vereinigung 9577.

Schöneberg: Deutschnationale 18 040, Deutsche Volkspartei 22 932, Zentrum 3870, Demokraten 13 842, Sozialdemokraten 17 288, Unabhängige 21 800, Kommunisten 1246, Wirtsch. Vereinigung 1152.

Steglitz: Deutschnationale 8412, Deutsche Volkspartei 15 700, Zentrum 1623, Demokraten 5700, Sozialdemokraten 7905, Unabhängige 10 124, Kommunisten 651.

Griehenberg: Deutschnationale 5512, Deutsche Volkspartei 9925, Zentrum 813, Demokraten 3075, Sozialdemokraten 2391, Unabhängige 4764, Kommunisten 174.

Neukölln: Deutschnationale 10 116, Deutsche Volkspartei 16 111, Zentrum 3411, Demokraten 7195, Sozialdemokraten 33 185, Unabhängige 69 344, Kommunisten 4199, Mittelstandspartei 3326.

Lichterfelde: Deutschnationale 7374, Deutsche Volkspartei 9389, Zentrum 676, Demokraten 5152, Sozialdemokraten 3036, Unabhängige 5352, Kommunisten 59, Verschiedene 323.

Tempelhof: Deutschnationale 1931, Deutsche Volkspartei 5422, Zentrum 691, Demokraten 2393, Sozialdemokraten 3049, Unabhängige 5337, Kommunisten 20.

Marienthorf: Deutschnationale 1119, Deutsche Volkspartei 2709, Zentrum 280, Demokraten 1036, Sozialdemokraten 2144, Unabhängige 4613, Kommunisten 154.

Marikendorf: Deutschnationale 229, Deutsche Volkspartei 331, Zentrum 428, Demokraten 152, Sozialdemokraten 315, Unabhängige 685.

Alt-Moabit veranstalteten die Unabhängigen am Nachmittag einen Demonstrationsumzug von Jugendlichen und Kindern mit Plakaten, die allerlei gesetzgeberische Maßnahmen zu Gunsten der Jugendlichen forderten. In der Spitze des Zuges marschierte eine Kindergruppe mit einem Plakat: „Kinder, die ihre Eltern für die Freiheit verloren haben!“ Andere Umzüge wurden in Lichtenberg veranstaltet, meist mit Musik an der Spitze. Ein besonders auffälliger Zug der Unabhängigen, von Trommlern und Pfeifern geführt, hatte einen Wagen mit sich, auf dem eine an die 6 Meter hohe weibliche Figur ganz in Rot stand. Dahinter aber kam, von zahllosen roten Fahnen überweht, ein politischer Maskenzug: im Gänsemarsch Vertreter aller nur denkbaren Stände, vom Bankier in Frack und Zylinder, bis herunter zum Dienstmädchen mit dem Marktkorb und dem Straßenteiler; auch ein einbeiniger Feldgauer marschierte im Zuge. Sie alle aber trugen Schilder mit der Aufschrift: „Wir alle wählen U. S. P. D.“

Die polizeilichen Maßnahmen, die sich ja durchweg als unnötig erwiesen, waren mit so großer Zurückhaltung getroffen, daß sie nach außen hin kaum bemerkbar waren. Im Zentrum und im Westen sah man nur hier und da Doppelpfeifen der Sicherheitspolizei. Nur in Lichtenberg durchzogen stärkere Streifen, bis zu sechs Mann, in kurzen Abständen die Straßen. Zum Einschreiten war aber auch dort nirgends Anlaß.

Die Wahlbeteiligung war, wie gesagt, durchweg etwas geringer als bei den Januarwahlen im Jahre 1919. Am stärksten scheint sie im Berliner Norden und Osten, sowie in Schöneberg gewesen zu sein, wo man sie auf 75 bis 80 v. H. der eingeschriebenen Wähler schätzte, während im Zentrum oft nicht einmal 60, im Bayerischen Viertel und am Kurfürstendamm stellenweise nicht einmal 50 v. H. erreicht wurden. Einige Wahllokale waren in bewährlicher Umgebung untergebracht und unterschieden sich dadurch von allen anderen, sie sich meist in kleinen Gastwirtschaften oder in Schulräumen befanden. So wählte ein Bezirk der Friedrichstadt im Deutschen Dom auf dem Gendarmenmarkt, und zum Wahllokal zu gelangen, mußten die Wähler unter der ragenden Kuppel des Gontardturmes durch lange, halbdunkle Gänge gehen. Ein anderes Wahllokal befand sich im Laboratorium des Pharmakologischen Instituts in der Dorothienstraße, und die Wahlurne stand inmitten der zahllosen Glaskästen. In Potsdam wählte ein Bezirk im Kassenraum der Potsdamer Kreditbank, ein anderer im Palais Barberini, ein dritter mitten im Park von Sanssouci in einem der beiden Gebäude kurz vor der großen Fontäne. In Potsdam war übrigens die Wahlbeteiligung besonders reger; sie betrug durchschnittlich 80 v. H., und im Palazzo Barberini gaben sogar von 1776 eingetragenen Wählern nicht weniger als 1625 ihren Zettel ab!

Die „Gleichgültigkeit“ der Kommunisten.

Das Hauptquartier der Kommunisten befand sich in der Arbeiterbuchhandlung in der Annenstr. 1. Dort ging es am Wahltag sehr gemächlich zu. Es waren nur wenige Personen anwesend, die lediglich die Aufgabe hatten, die einzelnen Bezirke noch mit Stimmzetteln zu versorgen. Aber es wurden nirgends solche angefordert, so daß in der Zentrale noch große Stöße übrig blieben. Ein Wahlergebnis wurde weder gestern noch heute von den Kommunisten zusammengestellt. In der Zentrale erklärte man, daß die Wahlen eine Angelegenheit von ganz untergeordneter Bedeutung seien, und es sei ganz gleichgültig, wie die Wahl für die Partei ausfalle denn die Zukunft der Partei sei unabhängig von dem Parlament, in welchem die Partei nicht Anspruch mache, irgendeine Rolle zu spielen.

Wahlstörung in Hundisburg.

* Magdeburg, 6. Juni.

Zu einem merkwürdigen Zwischenfall kam es bei der Reichstagswahl in Hundisburg (Kreis Neuhaldensleben). Gegen 1 1/2 Uhr nachmittags erschien im Wahlbüro der Amtsvorsteher und

stellte den Gemeindevorsteher darüber zur Rede, daß ein Teil der Wähler nicht in den Listen fände. Er gab seiner Vermutung Ausdruck, daß die fehlenden Personen absichtlich nicht aufgenommen worden seien. Diese Vorwürfe führten zu Streitigkeiten, in deren Verlaufe es zu Schlägereien kam. Der Amtsvorsteher, Gemeindevorsteher Heinrich, brach daraufhin die Wahlhandlung ab, entfernte die Zettel aus der Wahlurne und verbrannte sie. Hundisburg hat 700 Wahlberechtigte.

Die provisorischen Abgeordneten.

In den Grenzprovinzen des Ostens und Nordens ist bekanntlich am gestrigen Sonntag nicht gewählt worden. Die für diese Bezirke gewählten Abgeordneten behalten ihr Mandat auch im dem neu gewählten Reichstag so lange, bis auch dort Wahlen möglich sind. Dem neuen Reichstag gehören also von vornherein, wenn auch nur provisorisch an, die bisherigen 11 Abgeordneten für Schleswig-Holstein, die 14 Abgeordneten für Ostpreußen und die 15 Abgeordnete für Ober-Sachsen. Es sind dies

die Demokraten: Oberpräsident Sieber, Frau Bröner, Barthschat, Regierungsräsident Pohlmann, Abgeordneter Weinhausen, Juristat Waldstein, Reichsjustizminister Dr. Blund, Frau Dr. Baum und Johannsen (Hospitalier), im ganzen 9,

die Mehrheitssozialisten: Minister Braun, Frau Köhler, Polizeipräsident Lübring, Parteisekretär Wolff, Staatssekretär Heinrich Schulz, Verbandssekretär Koppur, Postsekretär Steinkopf, Parteisekretär Gehl, Oberpräsident Hörling, Hausfrau Pauls, Gewerkschaftssekretär Köppler, Parteisekretär Vias, Maler Becker, Legien, Frohmer, Luise Schröder, Stadtverordneter Michelsen und Stadtverordneter Kürbis, im ganzen 18,

Zentrum: Dr. Fleischer, Pfarrer Ullrich, Dr. Herschel, Ehrhardt, Bitta, Jawadzyk, Sczeponik, Stroda und Olsky, zusammen 9,

Deutsche Volkspartei: Graf Dohna und Dr. Runzel, zusammen 2,

Deutschnationale Volkspartei: Richter-Dr. Holland, Behrens, Dr. Hartmann, Oberforstern, zusammen 4.

Das Ergebnis der Wahl von 1919

Bei den Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 waren die 421 Mandate wie folgt verteilt worden:

Mehrheitssozialisten	163
Unabhängige	22
Deutsch-DEMOKRATISCHE Partei	74
Zentrum (einschließlich der jetzigen Bayerischen Volkspartei und der Katholischen Volkspartei in Opperln)	89
Deutsche Volkspartei	22
Deutschnationale Volkspartei	42
Welfen	3
Bayerischer Bauernbund	5
Wild	1

421

Dr. Paul Hamburger †

Im Alter von nur 61 Jahren ist in der Nacht zum Sonntag, nachdem er seit langem gekrankelt hatte, unser Kollege Dr. Paul Hamburger in seiner Berliner Wohnung einem Schlaganfall erlegen. Hamburger war vor vielen Jahren von seiner Heimatstadt Breslau nach Berlin gekommen, und seine journalistische Tätigkeit galt denn auch alle die Jahre in erster Linie einem Blatt seiner Heimat, der alten demokratischen „Breslauer Zeitung“, mit deren Geschick er Jahrzehnte hindurch aufs engste verbunden war. Daneben schrieb er Politik und Feuilleton für Berliner und auswärtige demokratische Zeitungen, von allen, mit denen er in berufliche und gesellschaftliche Berührung kam, ob seiner gleichmäßig ruhigen Freundlichkeit und seines zuverlässigen Charakters geschätzt und verehrt. Mit gleichem Eifer und gleicher Treue wie der deutschen Presse diente er der Organisation seines Berufs. Um die Begründung und das Gedeihen des Reichsverbandes der deutschen Presse, deren Generalsekretär er bis zu seinem Ende war, hat er Hand in Hand mit seinem Freunde Marx, dem er nun so schnell ins Grab folgen mußte, sich außerordentliche Verdienste erworben. Sie vor allem sind es, die ihm unvergessen bleiben sollen. — Hamburger hinterläßt eine Witwe und eine jungverheiratete Tochter.

Meuterei in Coest.

Gewalttame Auflösung der M.-G.-S. Libau.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Am Sonnabend, den 5. Juni, sollte in Coest das zweite Bataillon des Infanterie-Regiments 62 mit dem ersten Bataillon der Reichswehr aufgelöst werden. Die Maschinengewehrkompanie dieses Bataillons (die frühere Maschinengewehrkompanie Libau) widersetzte sich gewaltsam der Auflösung und behrte ihre Maschinengewehre gegen ihre die Auflösung fordernden Vorgesetzten. Da Verhandlungen nicht zum Ziel führten, wurde die Auflösung gewaltsam erzwingen. Die mit der Durchführung der Entwaffnung beauftragten Reichswehrruppen hatten bedauerlicherweise drei Tote und sechs Verwundete zu beklagen.

Das zweite Bataillon 62 gehörte bisher zur Besatzung der neutralen Zone; da nach den Forderungen der Entente die dort stehenden Truppen bis zum 10. Juni auf die Hälfte vermindert werden mußten, mußte in Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages die Auflösung erzwingen werden. Dieser übrigens rein militärische Vorgang zeigt einerseits, wie sehr die deutsche Regierung bestrebt ist, die Bestimmungen des Friedensvertrages loyal auszuführen, andererseits aber auch, welche Schwierigkeiten die Verminderung des Heeres auf den von der Entente vorgeschriebenen Stand mit sich bringt.

Keine Kriegsvermögensabgabe in England. Reuter erfährt, die Regierung hat die Absicht einer Abgabe auf die im Kriege erworbenen großen Vermögen endgültig aufgegeben.

(Hierzu eine Beilage.)

Verantwortlich für die Anzeigen: Karl Radloff, Berlin. Druck und Verlag: Ullstein & Co., Berlin.